

30.06.15

Liebe Grüne,

ziemlich erschöpft aber auch ein bisschen stolz konnten wir nach dem Verhandlungsmarathon der letzten Wochen feststellen: Bremen wird zum dritten Mal nacheinander von einer Rot-Grünen Koalition regiert. Wir konnten einen Koalitionsvertrag aushandeln, der keinen Vergleich mit anderen Bundesländern scheuen muss. Ein Kompromiss - natürlich. Aber einer, mit dem Bremen die nächsten 4 Jahre gut regiert werden kann. Das ist in der Bundesrepublik noch keinem anderen Grünen Landesverband gelungen. Insofern sichert die Regierungsbeteiligung Einfluss in der Stadt, und das ist gut so.

Wenn die Grüne Mitgliederversammlung am 11.07 den Vertrag billigt, wird sie danach entscheiden, wer für die Grünen als Senator und wer als Senatorin antreten soll.

Ich kandidiere für das Amt des Umwelt, Bau, Verkehrs- und Landwirtschaftssenators und bitte Euch dafür um Eure Unterstützung.

Diese Kandidatur ist ungewöhnlich, aber unsere Lage ist auch ungewöhnlich. Ich weiß, dass meine Bewerbung unsere Partei ein weiteres mal in großen Stress versetzt, und dass Freundschaften und Arbeitsbeziehungen Schaden nehmen können. Aber Wahlen und die Abstimmung über Alternativen sind kein Skandal, sondern nun mal das Herzstück der Demokratie und daraus werden wir am Ende gestärkt und geklärt hervor gehen.

Warum ist unsere Lage so schwierig? Wir haben nicht nur 35 bis 40% unserer Wählerinnen und Wähler verloren, wir sind auch zutiefst verunsichert darüber, was daraus nun folgen soll. Niederlagen legen die Schwächen gnadenlos offen. Das nagt an uns.

Der SPD geht es im Grunde nicht besser, aber ihr sind zwei bedeutende Entscheidungen gelungen: Sie hat einen neuen Bürgermeister präsentiert und sie hat es geschafft, einen Schwerpunkt zu setzen. Eine neue Bildungssenatorin, mehr Lehrerinnen und Lehrer und die Verbindung von Schule und KITAS. Wir waren nicht in der Lage, einen vergleichbaren, gut sichtbaren Schwerpunkt zu setzen. Wir haben uns gegen die Fusion von KITAS und Schule gewehrt und verloren.

Wir wollten und konnten nicht den gleichen Weg gehen wie die SPD. Aber daraus ist die Parole geworden: Wir reagieren auf unsere Niederlage mit einem kräftigen „weiter so“. Alles bleibt, wie es ist. Das wird es aber nicht. Das würde uns im Laufe der Legislaturperiode teuer zu stehen kommen.

Das Feld auf dem wir aus heutiger Sicht nach wie vor echte Möglichkeiten haben, aus der Defensive wieder heraus zu kommen und um neuen Einfluss in der Stadt zu werben, ist das Umwelt-, Bau-, Verkehrs- und Landwirtschafts-Ressort. Alle Themen, die mit diesem Arbeitsfeld verbunden sind, berühren den Alltag der Menschen und die wichtigsten programmatischen Versprechen unserer Partei. Wir haben im Koalitionsvertrag dafür durchaus einige Voraussetzungen geschaffen. Die wir jetzt ausspielen können.

In der nächsten Legislaturperiode wird es nicht mehr darum gehen, große aber abstrakte gesamtstädtische Pläne (Flächennutzungsplan, Verkehrsentwicklungsplan, Landschaftsprogramm) zu erarbeiten und durch die Untiefen des politischen Betriebs zu bugsieren, sondern um sehr konkrete Projekte, die wir mit unserer Politik prägen wollen. Diese Projekte müssen anschaulich sein und etwas mit dem Aufbruch zu tun haben, den unsere Stadt (und unsere Partei) so dringend braucht.

Um diese Projekte wird es Konflikte und Kontroversen geben und nicht jeden dieser Konflikte können wir gewinnen. Aber wir können so in die Auseinandersetzungen gehen, das die Stadtgesellschaft versteht, was unser Grünes Anliegen in der Sache ist. Und noch etwas: Oft sind es Bürgerinnen und Bürger selbst, mit denen wir bei den großen Entwicklungsvorhaben in Streit geraten. Das sind die schwierigsten Konflikte. Ich habe die Erfahrung gemacht, Klarheit in der Sache und Zuwendung zu den Menschen lassen sich ganz gut verbinden.

Drei Stichworte dazu:

Wir werden unter enormen Druck die Voraussetzungen schaffen müssen, um sehr viele neue Häuser zu bauen. Diese Häuser werden einen hohen energetischen Standard haben. Und wir achten darauf: Das Grün wächst mit. Wir wollen, dass die Bürger verstehen, warum wir das tun und wie sich die Stadt dabei zum Guten verändert. Das wird in allen Stadtteilen passieren. Nicht aber in Brockhuchting und auch nicht in der Osterholzer Feldmark. Wir werden damit beginnen, das Hulsbergquartier zu bauen, an dem man erkennen wird, wie sich die Planung für ein Quartier im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern verändert hat. Ziele wie große Wohnhäuser, Klimaschutz, gutes Grün, kluge Verkehrsorganisation inklusive.

Wir haben das linke Weserufer mit dem Hohentorshafen, Woltmershausen und dem Neustädter Hafen auf dem Zettel. Wenn man die Sache weiter denkt, sieht man, dass es dabei um Veränderungen von der Dimension der Überseestadt geht. Mit dem Vorteil, das die alten Stadtteile eine viel größere Rolle spielen können.

Das Thema Stadt am Fluss wird uns noch Jahrzehnte beschäftigen.

Politisch ist das so reizvoll, weil die Themen Innenentwicklung, Strukturwandel weg von den Altindustrien, Wiederentdeckung der natürlichen Voraussetzungen unserer Stadt und die Pionierrolle von Leuten die sich was trauen, so gut zusammenpassen. Bauen handelt im Grunde genommen in erster Linie von Menschen, die ein Haus brauchen. Seien es Flüchtlinge, Hochschulabsolventen oder die fitten Alten, die nicht alleine in ihren Bremer Häusern aufs Altersheim warten wollen. Diese schlichte Erkenntnis kommt gelegentlich unter die Räder.

Wir haben bei der ersten Auswertung des Wahlkampfes und der Wahlen festgestellt: Unser programmatischer Rucksack muss wieder aufgefüllt werden. Wir brauchen Themen und Projekte und Personen, an denen die Bürgerinnen und Bürger erkennen können, wofür wir stehen. Genau darum geht es. Fangen wir die Sache richtig an, bekommen wir wieder Zugang und Zustimmung in den entscheidenden Öffentlichkeiten der Stadt.

Es gab mal eine Zeit, in der unsere Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik diese Rolle spielen konnte. Dieser Fundus ist noch nicht verbraucht, aber er ist verblasst. Joachim und ich stehen für sehr unterschiedliche Haltungen und wir repräsentieren unterschiedliche Konzepte von Politik. Und die Bürgerinnen und Bürger merken das.

Herzlichen Gruß, Robert Bücking